

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/69

Bonn, den 12. April 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Widersprüche</u>	58

Die Friedensnote der Bundesregierung und Franz Josef Strauß

2	<u>Der Profilneurose unterlegen?</u>	37
---	--------------------------------------	----

Herr Mende und die Deutschlandpolitik

3 - 5	<u>Mittelstand</u>	124
-------	--------------------	-----

Ein schlafender Riese

Von H. Auschill

5	<u>Mutter kann sorglos zur Kur fahren</u>	23
---	---	----

Beispielhafte Anregung der Arbeiterwohlfahrt

6	<u>Radikalisierung durch Parteispaltungen in Lateinamerika</u>	42
---	--	----

Chile - Bolivien - Peru - Kolumbien - Venezuela

Widersprüche

Die Friedensnote der Bundesregierung und Franz Josef Strauß

sp - Am 25. März 1966 hat die Bundesregierung allen Staaten eine Note überreicht, in der konkrete Vorschläge für deutsche Initiativen zur Entspannung und zur Sicherung des Friedens enthalten sind. Diese Note fand die uneingeschränkte Zustimmung aller im Bundestag vertretenen Parteien.

Die SPD hat am 7. April 1966 die gleiche Note mit einem Begleitschreiben an alle der Sozialistischen Internationale angeschlossenen Parteien mit dem Ersuchen gesandt, die deutschen Bemühungen zu unterstützen. Dieser von der SPD eingeleitete Schritt ist deswegen bedeutsam, weil viele der Adressaten entweder selbst die Regierung ihrer Länder führen, an ihr beteiligt sind oder als starke Opposition einen nicht unerheblichen Einfluß auf die Politik der betreffenden Regierungen ausüben.

In der Bundesrepublik hat wohl niemand erwartet, daß die Note der Bundesregierung überall sofort ein positives Echo auslösen würde. Doch weiß man heute schon, mit welcher großer Sorgfalt die Note in den Außenministerien der Empfängerländer analysiert wird und wie befruchtend sie sich sogar auf die zur Zeit in Genf stattfindenden Abrüstungsverhandlungen der UNO ausgewirkt hat. Das alles ist natürlich nicht ausreichend, zumal sich die Bundesregierung nur sehr spät dazu entschlossen hat, ihren unbedingten Friedenswillen in dieser Form zu dokumentieren. Immerhin, ein Anfang ist gemacht, und es würde im wohlverstandenen Interesse der deutschen Politik liegen, jetzt in den Bemühungen nicht nachzulassen, sondern sie sogar zu aktivieren.

Es ist jedoch zu befürchten, daß durch neuerliche Ausführungen des früheren Bundesverteidigungsministers und Vorsitzenden einer der Regierungsparteien, Franz Josef Strauß, wiederum Mißverständnisse und vielleicht sogar erneutes Mißtrauen die Aktion der Bundesregierung vom 25. März 1966 belasten werden. In der amerikanischen Zeitschrift U.S. NEWS AND WORLD REPORT hat Strauß erklärt, er stehe seit Jahren auf dem Standpunkt, daß Europa auf lange Sicht gesehen danach streben sollte, "ein europäisches Kernwaffenpotential aufzubauen". Nach der Vorstellung von Strauß sollen zusätzlich zu den im Augenblick vorhandenen europäischen NATO-Divisionen zwei weitere Divisionen aufgestellt und mit taktischen Atomwaffen ausgerüstet werden. Eine dieser beiden Divisionen sollte von der Bundesrepublik, die zweite von den anderen NATO-Partnern in Europa gebildet werden. Strauß spricht in diesem Zusammenhang von "amerikanischer Aufsicht und Kontrolle", gibt aber außerdem zu verstehen, daß auch zwischen der Bundesrepublik und Frankreich eine ähnliche Vereinbarung getroffen werden könne.

Wir glauben nicht, daß ein Mann wie Strauß derartige Vorschläge ohne Grund macht. Schon als er 1963 nach der berühmten de-Gaulle-Adenauer-Messe in Reims überraschend mit dem französischen Verteidigungsminister Messmer zusammentraf, wurde nachher in unterrichteten Kreisen davon gesprochen, der damalige deutsche Verteidigungsminister habe bestimmte, auch die atomare deutsch-französische Zusammenarbeit betreffende Fragen mit seinem französischen Kollegen erörtert. Diese Besprechungen sind - wie Bundeskanzler Erhard in seiner letzten Pressekonferenz bestätigte - fortgesetzt worden.

Man kann mit Sicherheit damit rechnen, daß nach den Strauß-Erklärungen in der amerikanischen Zeitschrift in vielen Staaten, die die Note der Bundesregierung vom 25. März 1966 erhalten haben, nunmehr auf gewisse Widersprüche zwischen dieser Note und den Erklärungen eines der entscheidenden Koalitionspartner der derzeitigen Bundesregierung hingewiesen wird. Im Zweifelsfalle wird man sogar sagen, die Note der Bundesregierung lasse sich kaum in Einklang mit den Vorstellungen des CSU-Vorsitzenden bringen; und man wird hinzufügen, es sei zu überlegen, ob die Note Erhards unter diesen Umständen noch so ernst genommen werden könne, wie sie sicher gemeint war.

+ + +

Der Profilneurose unterlegen ?

Herr Mende und die Deutschlandpolitik

sp - An dem Geplänkel, das zwischen CDU/CSU und der FDP über Äußerungen des Vizekanzlers Dr. Erich Mende entstand und über die Osterfeiertage eine gewisse Verschärfung erfuhr, kann niemand Freude haben, dem es um den Stand der deutschen Dinge geht. Die Deutschlandpolitik ist wohl der schlechteste Boden für die Austragung parteipolitischer Fehden. Die Friedensnote der Bundesregierung hat im In- und Ausland - von den Ostblockstaaten abgesehen - zustimmende Resonanz gefunden, sie verdolmetschte auf überzeugende Art im richtigen Zeitpunkt die Friedensgesinnung des deutschen Volkes und seine Bereitschaft, das Seine zur Erhaltung des Friedens und zur Herstellung guter Beziehungen mit allen uns benachbarten Völkern beizutragen.

Am 21. April 1966 wollen die im Bundestag vertretenen Parteien über beraten, wie es weitergehen soll. Vieles ist in diesem Frühjahr ins Wanken geraten, bisher bezogene Positionen bedürfen eingehender Überprüfung, der Bundesrepublik droht durch eine unsichere Haltung die Gefahr der Isolierung, und die schlimmsten propagandistischen Vorstöße des kommunistischen Ostblocks stehen sicher noch bevor. Wir haben also Gründe genug, uns auf ein Höchstmaß gemeinsamer Abwehr und Geschlossenheit einzustellen. Aber was tut der Vorsitzende der FDP und Stellvertreter des Bundeskanzlers? Er plaudert munter darauflos, verkündet Thesen, die zu Mißverständnissen reizen, verwirrt und irritiert nicht nur seine mächtigen Koalitionspartner; auch manche unserer Freunde blicken erstaunt auf das von Mende inszenierte innerdeutsche Schattenspielen. CDU/CSU reagierten verärgert, halten nicht mit Retourkutschen zurück, Rücktrittsforderungen werden laut.

Was soll dies alles? Offensichtlich hat der Minister für Gesamtdeutsche Fragen und Vorsitzende der FDP, erschreckt über die letzten Wahlniederlagen seiner Partei und angesichts der bevorstehenden Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, die Flucht nach vorn angetreten, will sich die Rolle eines Präseptors Germaniae anmaßen. Er flüchtet auf ein Gebiet, das laute Geschwätzigkeit nicht verträgt und schon gar nicht die Anmaßung eines einzelnen. Nach Mende sind er und die FDP es allein, die einer aktiven Deutschlandpolitik das Wort reden und dafür das geistige Rüstzeug besitzen. Drückt sich in diesem Anspruch nicht der Niederschlag einer Profilneurose aus? Für Herrn Mende empfiehlt sich Zurückhaltung und Schweigen, wo es geboten erscheint. Mit Reden ohne Substanz läßt sich Profil nicht erreichen und schon gar nicht die Deutschlandpolitik aktivieren.

+ + +

Mittelstand

Ein schlafender Riese ?

Von H. Ausschill

Werfen wir einen prüfenden Blick auf die drei großen sozialen Gruppen, die in ihrer Gesamtheit die deutsche Wunderwirtschaftsfamilie ausmachen - Großwirtschaft, Selbständige samt kleinen und mittleren Unternehmen und Arbeitnehmer -, so können wir zweifelsohne die Gruppe der selbständigen Mittelschicht als das hinkende Stiefkind dieser Familie bezeichnen. Zwar vermag heute jeder arbeitende Bundesrepublikaner an den Erleichterungen und Verbesserungen des Lebens teilzunehmen, die der technische und ökonomische Fortschritt der neuen Zeit gebracht hat, der eine mehr, der andere weniger - am wenigsten jedoch gewiß die Angehörigen desjenigen Strukturbereiches unserer Wirtschaft, der nach langen Jahren systematischer Vernachlässigung mehr und mehr in den Schatten der Entwicklung gedrängt zu werden droht: die Angehörigen der Mittelschichten wie Handwerk, Einzelhandel, Landwirtschaft, die kleinen und mittleren Unternehmer und die freien Berufe.

Während auf der einen Seite eine kraftstrotzende Großwirtschaft, von den Steuer- und Sozialgesetzen ebenso begünstigt wie durch natürliche Vorteilsregeln ihre Interessen in Bonn auf recht hemdsärmelige Weise durchzusetzen und alles diesen Entgegenstehende "vom Tisch zu fegen" - um ein offenes Wort des BDI-Vorsitzenden Fritz Berg zu gebrauchen - vermag, und während es andererseits den zähen Bemühungen der Gewerkschaften z.B. gelang, die Arbeitszeit ihrer Mitglieder auf etwa 42 Stunden herabzudrücken, ist, um beim Kriterium der Arbeitszeit zu bleiben, unter dem Druck der mittelstandsfernen Erhard-Politik die durchschnittliche Arbeitszeit des kleinen selbständigen "Unternehmers" auf 56,4 Wochenstunden gestiegen - wobei die oft recht beträchtliche Leistung der "so nebenbei" mitarbeitenden Familienmitglieder, der Frauen und erwachsenen Kinder, noch unberechnet bleibt: für sie alle dauert eben die Arbeit so lange, bis sie getan ist... Dieser deutlichen wirtschaftlichen Schlechterstellung der Selbständigen der Mittelschicht entspricht ihre relative politische Machtlosigkeit.

Großes volkswirtschaftliches Potential

Und doch stellt diese breite Gruppe fleißig arbeitender, braver Steuerzahler, für die der Bundeskanzler in seiner fünfzig Schreibmaschinenseiten umfassenden Regierungserklärung kaum dreizehn Zeilen nichtssagender Floskeln aufzubringen vermochte, ein gewaltiges volkswirtschaftliches - und politisches - Potential dar; in den rund 3,16 Millionen selbständigen Mittel-, Klein- und Einmann-Betrieben einschließlich der freien Berufe sind schließlich drei Fünftel der deutschen Arbeitnehmer beschäftigt. Man könnte diese Macht einen Riesen nennen, einen Riesen freilich, der sich seiner Stärke und seiner Möglichkeiten nicht bewußt ist - weil er schläft.

Doch selbst die längste Nacht geht einmal zu Ende, und auf jeden Schlaf folgt ein endliches Erwachen. Mehr und mehr häufen sich die Anzeichen dafür, daß das beschwörende Gemurmel, mit dem der Bundeskanzler noch in seiner Regierungserklärung den schlafenden Riesen "Mittelstand" in seinem friedlichen Dämmerzustand zu erhalten versuchte, in Zukunft nicht mehr ausreichen wird, um die aus der von ihm verursachten Entwicklung jetzt rasch und zwingend heraufkommende Gefahren zu bannen. Nur so ist es zu erklären, daß dem nach dem Rezept seines Herrn und Meisters vor dem "Diskussionskreis Mittelstand der CDU/CSU" in Gunzen-

hausen von der Zauberkraft der Maßhaltoformel schwärmenden Wirtschaftsminister Schmücker aus den Reihen seiner politischen Freunde eine wirtschaftspolitische Forderung entgegenschälte, deren beste Formulierung und Begründung wohl der Abgeordnete und Wirtschaftsexperte der SPD, Prof. Schiller, in seiner kritischen Betrachtung der Regierungserklärung geliefert haben dürfte: die Forderung nach Einführung einer planenden mehrjährigen Vorausschau für den Bereich der Gesamtwirtschaft, insbesondere der öffentlichen Haushalte der verschiedenen Ebenen. Wir möchten diese Forderung ausdrücklich ausdehnen und präzisieren: was dringend notwendig ist, ist eine umsichtig geplante vorausschauende Mittelstandspolitik.

Worauf es ankommt

Dies darf sich freilich nicht wie bisher auf ein mit heuchlerischer Pathos vorgebrachtes Lippenbekenntnis zur mittelständischen Wirtschaft als dem gepriesenen Hort freien Unternehmertums inmitten einer Wirtschaftsgesellschaft wachsender Anonymität beschränken. Worauf es wirklich ankommt, sind jetzt konkrete Maßnahmen, wie die Beschäftigung der offensichtlich schlechtergestellt gegenüber den Großorganisationen, unter der die mittelständische Wirtschaft zu leiden hat, und die Sicherung des ökonomischen und gesellschaftlichen Raumes, in dem sich die Vielfalt selbständiger wirtschaftlicher Betätigung überhaupt entfalten kann. Nicht länger auch darf es der Regierung Erhard erlaubt sein, den drängenden Initiativen der SPD, endlich mit einer vorausschauenden konstruktiven Mittelstandspolitik zu beginnen, eine obstruktive Verschleppungstaktik entgegenzusetzen.

SPD und fortschrittliche Wirtschaftspolitik

Die Geschichte dieser Initiativen, dieses zäh geführten Kampfes um eine fortschrittliche Mittelstandspolitik, den die SPD gerade aus ihrem Gefühl der Verantwortung für die Gesamtwirtschaft unseres Volkes zu führen hat, ist alt und reicht weit in die Ära Adenauer zurück. So forderte die sozialdemokratische Fraktion im Bundestag bereits 1952 eine die besondere Lage der Mittelschichten berücksichtigende konstruktive Wirtschaftspolitik; 1955 beantragte sie eine den mittelständischen Gegebenheiten entsprechende Kredit- und Investitionspolitik, Gewerbeförderungsmaßnahmen, eine gesetzliche Regelung der Alterssicherung der Selbstständigen und die Vorlage eines Berichts über die Lage der Mittelschichten. 1959 wurde die Forderung nach Erstellung dieses Berichts erneut gestellt - als er endlich vorlag, erwies er sich als unvollständig und ließ jegliche konkrete Vorstellung der Bundesregierung vermissen. Auch in einer im Sommer 1961 erzwungenen Aussprache über die Lage der Mittelschichten war die Bundesregierung nicht in der Lage, eigene Vorschläge zur Lösung der gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Probleme der Mittelschichten zu entwickeln. Schließlich wurde ein entsprechender Antrag der SPD 1963 vom "Ausschuß für Mittelstandsfragen" weitgehend in einen eigenen Antrag übernommen und vom Bundestag genehmigt - ohne daß freilich die Bundesregierung bisher diesem Antragsersuchen des Parlaments entsprochen hätte...

Folgen der Erhardschen Fehlpolitik

Mit der Unerbittlichkeit einer Naturkatastrophe drohen nunmehr die Folgen der Erhardschen Fehlpolitik auf die mittelständische Wirtschaft hereinzubrechen: während ihr einerseits die zwingende Notwendigkeit der Produktivitätssteigerung und damit neuer Investitionen im Nacken sitzt, werden ihr andererseits die Möglichkeiten zur Finanzierung dieser Investitionen mehr und mehr genommen. Anders als die Großbetriebe, die, abgesehen von ihrem direkten Zugang zum Kapitalmarkt, allein schon durch

ihre Steuervorteile einen erheblichen Selbstfinanzierungseffekt erzielen können und überdies noch in der Lage sind, Auslandskredite aufzunehmen, sind die meist ohnedies kapitalschwachen kleinen und mittleren Betriebe auf die Finanzhilfe der Kreditinstitute angewiesen; diese aber sehen sich durch die verstärkte Restriktionspolitik der Bundesbank zu einer wachsenden Einengung ihres Kreditpotentials gezwungen. Während die Großunternehmen ihre nochmals verbesserten Jahresabschlüsse fertigstellen, sehen die kleinen und mittleren Betriebe ein Jahr der Kredit- und Finanzierungssorgen auf sich zukommen.

Angesichts einer solchen Entwicklung, die eine direkte Folge der Erhard'schen Mittelstandspolitik ist, bleibt der SPD nichts anderes übrig, als ihre Forderungen verstärkt zur Geltung zu bringen. Was sie nachdrücklich verlangt, ist ein ausgewogenes Gesamtprogramm, das nicht nur die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der selbständigen kleinen und mittleren Betriebe fördert, sondern auch ihre Stellung gegenüber den großen marktbeherrschenden Unternehmen sichert und die bestehenden Wettbewerbsnachteile aus der augenblicklichen Steuer- und Sozialgesetzgebung beseitigt.

Angesichts der prekären Kreditsituation ist eine ausreichende Kreditversorgung zu erträglichen Bedingungen - etwa durch Schaffung einer Bundeskredit-Kasse - ebenso zu fördern wie die Schaffung kooperativer Selbsthilfe-Einrichtungen der mittelständischen Wirtschaft. Und nicht zuletzt ist die gesetzliche Alterssicherung der Selbständigen ebenso unabdingbar zu fordern wie eine Anpassung der in den Klein- und Mittelbetrieben herrschenden Lebens- und Arbeitsbedingungen an die in der Großwirtschaft geltenden.

+ + +
Mutter kann sorglos zur Kur fahren

Beispielhafte Anregung der Arbeiterwohlfahrt

AW - In dem in Uetersen bestehenden Kinderheim "Hus Sünnschien" des Landesverbandes Schleswig-Holstein der Arbeiterwohlfahrt können vom 15. April 1966 an Kleinkinder und schulpflichtige Kinder von Müttern, die an einer Müttergenesungskur teilnehmen, für die Zeit des Kuraufenthaltes aufgenommen werden. In "Hus Sünnschien" befindet sich auch eine Säuglingsstation.

Mit der Bereitstellung einer zentralen Unterbringungsmöglichkeit für Kinder, deren Mütter an einer Erholungskur teilnehmen, hat der Landesverband Schleswig-Holstein eine beispielhafte Anregung gegeben. Denn eines der schwierigsten Probleme in der Müttererholungsfürsorge ist die Versorgung von Kindern, deren Mütter an Kurorten in Müttergenesungsheimen teilnehmen. Die Erfahrung zeigt, daß gerade junge Mütter und insbesondere die kinderreichen unter ihnen eine Erholung dringend benötigen, wenn ernste gesundheitliche Schädigungen vermieden werden sollen. In der Praxis ist es jedoch so, daß nicht wenige Frauen aus dieser Gruppe der erholungsbedürftigen Mütter auf einen an sich dringenden Urlaub verzichten, weil die Versorgung ihrer Kinder nicht sichergestellt ist. Ein Blick in die Statistik der Müttererholung bestätigt denn auch, daß der Anteil der Mütter, die kleinere Kinder haben, in den Mütterkuren relativ gering ist.

Die Einrichtung des Landesverbandes Schleswig-Holstein der Arbeiterwohlfahrt in "Hus Sünnschien" hilft jungen Müttern den Weg in ein Erholungsheim ebnen. Es ist daher zu wünschen, daß diese Einrichtung Schule macht.

Radikalisierung durch Parteispaltungen in Lateinamerika

Chile - Bolivien - Peru - Kolumbien - Venezuela

sp - Knapp eineinhalb Jahre nach dem Wahlsieg des chilenischen Präsidenten Dr. Eduardo Frei berichtete die Weltpresse von blutigen Zusammenstößen zwischen Polizei und streikenden Bergarbeitern der chilenischen Kupfermine "El Salvador". Frei hatte den Ausnahmezustand verhängt, um den Lohnstreik zu beenden.

Diese Maßnahme trieb den Kommunisten Wasser auf die Mühlen und führte zu einer Spaltung der christdemokratischen Regierungspartei, die den Abgeordneten Patricio Hurtado ausschloß, weil er sich auf die Seite der Bergarbeiter gestellt hatte. Dieser Oppositionsgruppe haben sich bereits zwei weitere Abgeordnete, Alberto Jerez und Julio Silva Solar, angeschlossen. Es wird sicher nicht lange dauern, dann ist auch diese Dissidentengruppe kommunistisch unterwandert.

Doch Chile ist kein Einzelfall. Die jüngste Geschichte Lateinamerikas kann mit ähnlichen Beispielen aufwarten, mit der Spaltung von Regierungsparteien als Antwort auf unpopuläre Maßnahmen, die in einem hochindustrialisierten Land von der Bevölkerung oft widerspruchslos hingenommen werden, in Entwicklungsländern jedoch leicht einen politischen Erdbeben und Radikalisierungen auslösen können.

Ähnlich war es vor drei Jahren in B o l i v i e n , als sich aus der damaligen Regierungspartei MNR eine linksradikale Gruppe FRIN unter Führung des stellvertretenden Staatsoberhauptes Juan Lechin Oquendo abspaltete. Diese Gruppe ist zwar zeitweilig neutralisiert, doch nicht für immer. Auch in P e r u spaltete sich die "linksrevolutionäre Bewegung" (MIR) von der sozialistischen APRA ab, als sich diese an eine sehr stark nach rechts neigende Partei anlehnte.

In K o l u m b i e n war es auch nicht anders. Aus der Liberalen Partei ging die "Revolutionäre Liberale Bewegung" (MRL) des Senators Alfonso Lopez Michelsen hervor, die ebenfalls von den Kommunisten unterwandert werden konnte.

In V e n e z u e l a schließlich bildete der Linke Flügel der Regierungspartei "Demokratische Aktion" die sogenannte "linksrevolutionäre Bewegung" (MIR), die von Kommunisten und Castro-Anhängern unterwandert trotz Verbotes die eigentliche Seele und Antriebskraft der venezolanischen Aufstandsbewegung ist.

Wie es scheint, ist die Radikalisierung durch die Spaltung der Regierungsparteien in Lateinamerika jenem unheimlichen Gesetz der Serie unterworfen, das seit Jahren zu heftiger politischer Unruhen führt und den Subkontinent in ein Pulverfaß zu verwandeln droht.

+ + *